

**Rede Bürgerschaftspräsident Frank Imhoff zum 9.
November 2021 am Schwarzen Stein**

Es gilt das gesprochene Wort

— Fünf weiße Rosen. Für fünf Leben. Für fünf Menschen,
denen in der Nacht des 9. November 1938 das Leben
genommen wurde.

— Der Monteur Leopold Sinasohn in Bremen-Nord,
der Sanitätsrat Dr. Adolph Goldberg und seine Frau Martha in
Burgdamm, der Händler Heinrich Rosenblum in der Neustadt
und Selma Zwienicki, die Frau eines Fahrradhändlers, in der
Hohentorstraße.

Sie wurden in dieser Nacht ermordet. Weil sie nach Ansicht
der Nationalsozialisten den falschen Glauben hatten.

— Lassen Sie uns ihrer gedenken. Lassen Sie uns kurz
schweigen.

Ich danke Ihnen.

Sehr geehrte Frau Noa,
Sehr geehrter Herr Landesrabbiner Teitelbaum,
Sehr geehrter Herr Dr. Steinke,
Sehr geehrter Herr Schwarz,
Sehr geehrter Herr Prof. Sperlich,
Sehr geehrte Senatorinnen und Senatoren, sehr geehrte
Fraktionsvorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft,
Religion und Gesellschaft,
liebe Schülerinnen und Schüler
verehrte Gäste,

mir ist das wichtig: Der fünf jüdischen Bremerinnen und
Bremern, die bei dem Novemberpogrom vor 83 Jahren
ermordet wurden, zu gedenken und ihnen einen Namen zu
geben. Denn sie machen das unfassbare Verbrechen und die
brutale Unmenschlichkeit der Nationalsozialisten sichtbar. Sie
dürfen nicht untergehen in einer Statistik anonymen Opfer,
ohne Namen, ohne Gesicht. Sie haben eine Geschichte. Sie
waren Bremerinnen und Bremer, sie waren Nachbarn,
Bekannte, Freunde und Familienmitglieder. Sie waren
Menschen wie wir. Mit Träumen, mit Zukunftswünschen und
Zielen. Sie wurden in dieser Nacht ermordet, weil ein
verbrecherisches Regime ein Feindbild brauchte, um Hass zu
säen.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November hat – nach
jahrelanger schrittweiser Entrechtung von Jüdinnen und
Juden und ihrer Verdrängung aus dem gesellschaftlichen

Leben – die planmäßige Vernichtung von Menschen jüdischen Glaubens ihren Anfang genommen.

Der Befehl in Bremen lautete – ich zitiere:

„Sämtliche jüdische Geschäfte sind zu zerstören. Jüdische Synagogen sind sofort in Brand zu stecken. Sämtliche Juden sind zu entwaffnen. Bei Widerstand sofort über den Haufen schießen.“

Meine Damen und Herren, manchmal versuche ich mir vorzustellen, welche gespenstische und angsterfüllte Stimmung in jener Nacht und in jenen Tagen danach in Bremen und Bremerhaven geherrscht haben muss. Die Morde, der Feuerschein der brennenden Synagogen, SA-Männer, die in blindem Hass Häuser und Geschäfte zerstören. Menschen, die wie Vieh auf Sammelplätzen unter Schlägen und Tritten zusammengetrieben werden. Schreie. Polizei und Feuerwehr, die dem Treiben zusehen, ohne einzugreifen.

Ich maße mir nicht an, aus heutiger Sicht auch nur annähernd nachempfinden zu können, was die jüdischen Familien in unserer Stadt und im ganzen Land in diesen Tagen damals vor 83 Jahren gespürt haben. Aber selbst der Versuch ist kaum auszuhalten.

Es ist in den vergangenen Jahren häufig darüber diskutiert worden, ob Gedenkveranstaltungen noch zeitgemäß sind. Tragen wir gerade jetzt und hier

dazu bei, damit sich Szenen wie damals 1938 niemals wiederholen? Wie viele Menschen erreichen wir? Sind Veranstaltungen, die zunehmend und bald ganz ohne Zeitzeugen stattfinden müssen, überhaupt zukunftsfähig? Diese Fragen rund um die Zukunft der Erinnerung müssen gestellt werden. Auch wir stellen sie uns kritisch. Formate des Erinnerns müssen immer wieder angepasst und erweitert werden, damit ihre Botschaft nicht verhallt. Auch wir wollen als Ausrichter im kommenden Jahr die Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung durch Neues ergänzen. Aber meine Überzeugung ist grundsätzlich klar: Das Erinnern, auch das ritualisierte, ist ein wichtiger Anker der Aufklärungs- und Gedenkarbeit. Gedenktage zwingen uns förmlich, uns mit dem Geschehenen auseinanderzusetzen – und es auch auszuhalten. Und sie zwingen uns zur Wachsamkeit. Denn Judenfeindlichkeit ist kein historisches Ereignis. Sie ist auch heute noch Realität. Und wenn ich mich - wie eingangs dargestellt - frage, wie sich die Menschen damals 1938 gefühlt haben, frage ich mich zunehmend auch, welchen Ängsten unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger eigentlich heute ausgesetzt sind.

Der Autor und Journalist Ronen Steinke, den ich heute als Gastredner herzlich begrüßen darf, gibt in seinem Buch „Terror gegen Juden“ Einblicke auf

diese Frage. Es geht – anders der Titel vielleicht vermuten lässt – nicht um die Verbrechen der Nationalsozialisten, sondern es geht um antisemitische Gewalt *nach* 1945. Es geht um judenfeindliche Straftaten und Übergriffe, die heutzutage – in unserer Mitte – gegen Menschen jüdischen Glaubens stattfinden. Es geht um Angst und Unsicherheit, die Familien heute spüren – weil sie der jüdischen Religionsgemeinschaft angehören.

In dem Buch von Ronen Steinke findet sich unter anderem eine Chronologie der antisemitischen Straftaten seit 1945. Sie ist erschütternd. Und vermutlich wegen der hohen Dunkelziffer noch nicht einmal annähernd vollständig. Nehmen wir zum Beispiel das Jahr 2019: Bei uns allen hat sich der Terroranschlag auf die Synagoge in Halle im Oktober 2019 eingeprägt. erinnern sie sich darüber hinaus noch an weitere antisemitische Delikte?

Ronen Steinke listet allein 37 weitere abscheuliche antisemitische Straftaten auf, die in Deutschland im Jahr 2019 stattgefunden haben. Von Beleidigungen und Bedrohungen, über Ausgrenzungen, Schmierereien und Schändungen bis hin zu schweren Körperverletzungen. Jahr für Jahr passiert das in unserem Land. Ich finde es beschämend, dass es uns offensichtlich nicht gelingt, unsere Mitmenschen vor diesen Taten ausreichend zu schützen.

Die scheidende Bundeskanzlerin Angela Merkel hat auf einer ihrer letzten offiziellen Reisen in Israel kürzlich nochmal deutlich gemacht: Aus der Schuld des Holocausts erwächst eine andauernde Verpflichtung und Verantwortung für unsere Gesellschaft und unser Land. Nach ihrer vielbeachteten Rede von 2008 vor der Knesset hat sie es nochmal wiederholt: „Die Sicherheit Israels ist Teil der deutschen Staatsräson.“ Ich möchte bekräftigen: Die Sicherheit der Menschen jüdischen Glaubens in unserem Land muss es auch sein! Und dabei sind alle gefragt: Die Politik, der Rechtsstaat, aber auch jeder einzelne von uns.

Meine Damen und Herren, ich bin in großer Sorge, wie sich die Dinge aktuell entwickeln: In Bremen sind für das Jahr 2020 deutlich mehr antisemitische Straftaten verzeichnet worden als in den Jahren davor. Darunter fällt offenbar auch ein neues antisemitisches Phänomen: Die sogenannten Querdenker, die gegen die Corona-Maßnahmen protestieren, nutzen zum Teil antisemitisch aufgeladene Verschwörungstheorien. Personelle Überschneidungen der Akteure zur rechtsextremistischen Szene oder zu den Reichsbürgern sind kein Zufall. Der Bremer Verfassungsschutz hat die Gruppierung „Querdenker421“ deshalb als Verdachtsfall eingestuft.

Das aber eigentlich Erschreckende ist dabei: Dass auch Menschen, die gegen die Corona-Auflagen demonstrieren – Ihr gutes Recht im Übrigen! - Seite an Seite mit diesen Personen laufen. Und dass sie nicht widersprechen, wenn die Corona-Politik mit den Verbrechen des Nationalsozialismus verglichen wird oder selbst munter Fotomontagen von dem Tor zum KZ Auschwitz teilen, mit der Aufschrift "Impfen macht frei". Moderner Antisemitismus – vielfach subtiler als die zitierten Beispiele – frisst sich immer mehr in unseren Alltag. Das muss man leider so klar sagen.

Wir haben nach dem Holocaust versprochen: Nie wieder! Dazu gehört es, offenen und eindeutigen Antisemitismus nicht zu relativieren. Nicht durch Corona. Nicht durch ein „Ach, das war ja nur so dahergesagt.“ Und nicht durch Kritik an der Politik Israels, die man ja angeblich gemeint habe.

Antisemitismus ist und bleibt menschenfeindlich! Und deshalb muss er benannt, verfolgt und geahndet werden. Für die Verfolgung und Verurteilung brauchen wir einen starken und entschlossenen Rechtsstaat. Für die Benennung von Antisemitismus braucht es aber uns alle.

Wir als Gesellschaft sind dafür mitverantwortlich, ob sich unsere jüdischen Mitmenschen in unserem gemeinsamen Land sicher fühlen. Oder ob das

Tragen einer Kippa in der Öffentlichkeit jeden Morgen zu einer Abwägungssache wird. Ob die hohen Zäune und die Polizeipräsenz um das Gelände jüdischer Schulen und Kindergärten die Erinnerungen sind, die wir Kindern zumuten wollen.

Das ist eine herausfordernde Aufgabe. Denn Widerspruch, sich einsetzen, sich selbst hinterfragen – all das ist anstrengend, ich weiß das. Aber es gibt keine Alternative, wenn wir uns an das Versprechen nach 1945 halten wollen. Nie wieder! Dieses Versprechen müssen und wollen wir halten.

Ich danke Ihnen!